

FRAGEBOGEN

Adressat: Katholische Aktion der Diözese Innsbruck

Antwort am: 05.07.2024

Anmerkung: Anmerkung

Status: In Bearbeitung

1. Die Katholische Aktion tritt für ein gutes Leben für alle Menschen ein – daher auch für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Leider wird es für immer mehr Menschen in Österreich schwierig, die Rechnungen für Wohnung, Heizung, Strom, Nahrungsmittel und Kleider zu bezahlen. Zugleich besitzt 1% der Bevölkerung ca. 40% des gesamten privaten Vermögens in Österreich.

Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen gegen das Auseinandergehen der Einkommensschere und gegen Armut Stellung.

- Einführung von Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer für große Erbschaften und Vermögen
- spürbare Erhöhung des Spitzensteuersatzes
- Schließen von steuerlichen „Schlupflöchern“
- Grundeinkommen für Kinder
- Grundeinkommen für alle
- Festlegung eines Mindestlohns für eine Vollzeitbeschäftigung, der über der Armutsgrenze (mindestens 60% des Medianeinkommens aller Vollzeitbeschäftigten) liegt

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Einführung von Erbschaftssteuer und Vermögenssteuer für große Erbschaften und Vermögen
Wir Grüne wollen eine Millionärssteuer für Millionenerben und Stiftungen. Unser Staat braucht diesen fairen Beitrag damit wir Kindergärten, Schulen, Öffis, Krankenhäuser finanzieren können. Das ist aus unserer Sicht die wichtigste Maßnahme, um neben der Finanzierung dieser Einrichtungen auch eine bessere Vermögensverteilung zu erreichen. Auch eine Vermögenssteuer mit einem hohen Freibetrag (zB 50 Mio. Euro) kann helfen, einen solchen Beitrag von Superreichen einzuheben. So könnten im Gegenzug zum Beispiel die Steuern auf Arbeit weiter sinken, damit allen Menschen mehr von ihrem Lohn im Geldbörstel bleibt.

spürbare Erhöhung des Spitzensteuersatzes

Wir setzen uns für die Verlängerung des Spitzensteuersatzes von 55 % ein, der bis Ende 2025 befristet gilt. Dieser Steuersatz betrifft nur wenige (rund 500) Menschen in Österreich. Aus unserer Sicht müssen alle Möglichkeiten abgewogen werden, wie Vermögende ihren Beitrag zur Bewältigung

von Krisen leisten können und wie man darüber hinaus eine gerechte Verteilung des Vermögens sicherstellen kann. Die wichtigste Maßnahme in diesem Zusammenhang ist aus Grüner Sicht die Erbschaftssteuer (siehe Antwort oben).

Schließen von steuerlichen „Schlupflöchern“

Die in Österreich bereits geltende globale Mindestbesteuerung ist ein Meilenstein bei der Bekämpfung von Gewinnverlagerung durch multinationale Konzerne. Wir sind für das Schließen von weiteren Schlupflöchern, etwa die Share Deals im Rahmen der Grunderwerbsteuer. Wichtig ist aus unserer Sicht auch ein europäisches Vermögensregister, um den allzu leichten Abfluss von Vermögen in Stiftungsparadiese zu unterbinden.

Grundeinkommen für alle Kinder

Die Grünen treten für eine Kindergrundsicherung ein. Sie besteht aus einer einheitlichen, altersbezogenen Familienleistung für alle Kinder (also mit gegenwärtiger Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag und vollem Familienbonus), einer eigenständigen Leistung für Kinder in Haushalten mit niedrigem Erwerbseinkommen und einer existenzsichernden Sozialhilfe. Teil dieser Kindergrundsicherung sind aber auch Rechtsansprüche auf wesentliche Sachleistungen wie etwa kostenfreie Materialien für die Schule und kostenfreie Schulveranstaltungen, kostenfreie Freizeitgestaltung, Zugang zu kostenfreier Kinderbetreuung und Lernhilfen usw..

Grundeinkommen für alle

Wir Grüne treten für eine lebenslagen- und bedarfsorientierte Grundsicherung ein, die mit einem raschen und unbürokratischem Zugang vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt. Neben einem existenzsichernden Einkommen sollen damit auch die Ursachen sozialer Ausgrenzung überwunden werden. Mit Beratung, Betreuung und Begleitung soll der Zugang zu Ausbildung und Qualifikation, zu notwendigen Gesundheitsleistungen und Hilfsmitteln im Fall von Krankheit oder Behinderung sowie zu Sach- und Unterstützungsleistungen garantiert werden und damit die jeweilige Problemlage gelöst werden können.

Festlegung eines Mindestlohns ...

Das hohe Kollektivvertragsabdeckung in Österreich führt – so belegen es die Daten – zu besseren Ergebnissen, als in Ländern mit gesetzlichem Mindestlohn. Trotzdem ist der Niedriglohnanteil in Österreich mit etwa 14 % noch immer zu hoch. Entscheidender als ein gesetzlicher Mindestlohn erscheint uns ein Lückenschluss bei den Kollektivverträgen, eine Stärkung des Bundeseinigungsamtes und eine Stärkung der Antragsrechte der Arbeitnehmer:innenvertretungen. Gesetzliche Mindestlöhne haben bisweilen die Tendenz, das Kollektivvertragssystem zu schwächen und damit die Lohnentwicklung und die Entwicklung nichtfinanzieller Aspekte des Arbeitslebens zu behindern.

2. Die Katholische Aktion tritt für einen sorgsamem Umgang mit der Natur und dem Klima ein. Auch die kommenden Generationen sollen eine lebenswerte Umwelt und lebensfähige Natur vorfinden.

Dazu muss unser „ökologischer Fußabdruck“ dringend verringert werden.

Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- rasche Umsetzung der wichtigsten Empfehlungen des Klimarates
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- europaweite Einführung von Tempolimits, zum Beispiel 100 km/h auf Autobahnen (das Tempo, bei dem stark befahrene Autobahnen am besten ausgelastet sind, ist 90 km/h), 80 km/h auf Landstraßen und 30 km/h in Ortsgebieten
- steuerliche Maßnahmen, die große und schnelle Autos unattraktiv machen
- umweltfreundliche und attraktive Gestaltung des öffentlichen Verkehrs
- öffentlicher Verkehrsmittel werden günstiger als die Benützung eines PKW
- rascher Ausstieg aus Öl und Gas
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- spürbare Drosselung des Ressourcenverbrauchs in Österreich

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

- Der Klimarat wurde auf Initiative der Grünen vom Nationalrat ins Leben gerufen. Wir sind der Meinung, dass dessen wichtige Empfehlungen vernünftig und notwendig sind und daher umgesetzt werden sollten.

- Die Alternativen zum teuren PKW zu stärken ist besonders wichtig für die Mobilitätswende. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist dabei zentral. Unser Ziel ist es, dass das in den letzten Jahren erreichte hohe Niveau auch in Zukunft weiter fortgesetzt wird. Hier haben wir mit den Rekord-Ausbauprogrammen für die Bahn-Infrastruktur, der Organisation und Finanzierung günstiger und einfacher Tarife (Klimaticket) und dem Ausbau des Bus- und Zugs-Angebots wichtige Schritte gesetzt. Diesen Weg wollen wir durch weitere Lösungen für die "letzte Meile" und mit Lösungen für Pendler:innen entschlossen weitergehen.

- Im Sinne der Empfehlungen des Klimarats treten wir für eine wirksame Temporeduktion auf unseren Straßen ein. Diese konkurrenzlos kostengünstige Maßnahme bringt viele Vorteile, wie die Senkung der Unfall- und Opferbilanz, positive Umwelt-, Lärm- und Klimaeffekte sowie die Attraktivierung von Ortskernen und Platz fürs Zufußgehen und Radfahren.

- Mit Änderungen bei Dienst- und Firmenwagen, der entsprechenden ökologischen Differenzierung bei Steuern wie der NoVA und der motorbezogenen Versicherungssteuer und der CO₂-Bepreisung auch beim Treibstoff konnten wir bereits entsprechende Lenkungswirkungen zugunsten von sauberen Fahrzeugen mit weniger Verbrauch und weniger Leistung erzielen. Diesen Pfad wollen wir weiter bestreiten, mögliche Rückschritte werden wir entschieden bekämpfen. Perspektivisch wird auch über größenabhängige Parkgebühren und dergleichen nachzudenken sein, denn der Platz in unseren Orten und Städten ist nicht unbegrenzt und wir brauchen ihn auch im Sinne der Klimakrise für konsequente Begrünungsmaßnahmen.

- Wir haben in dieser Regierungsperiode die Elektrifizierung der Schiene beschleunigt und die Dekarbonisierung beim Busverkehr durch massive Förderungen gestartet. Diese Projekte müssen auch in Zukunft weiter vorangetrieben werden. Den integrierten Taktverkehr, der es möglich macht, flexibel und zugleich verlässlich auch ohne Auto von A nach B zu kommen, wollen wir ausweiten wo

immer das möglich ist. Die dafür nötigen Infrastrukturprojekte, die mit den ÖBB-Rahmenplänen und dem neuen Bahn-Zielnetz 2040 vorangetrieben werden, wollen wir konsequent bevorzugen. Verkehrsstationen müssen zu Mobilitätsdrehscheiben werden, die das Umsteigen auf Aktive Mobilitätsformen wie Radfahren und Zufußgehen leicht machen und Barrieren beseitigen. Der mit dem Klimaticket gelungene Einstieg in eine einfache und attraktive Tarifgestaltung soll weitergehen. Dabei soll die Leistbarkeit für Junge und sozial benachteiligte noch wichtiger werden. Anstelle überbordender, gewinnorientierter Ideen einzelner Player treten wir dafür ein, dass sich der Staat für ausreichende Finanzierung und anständige Arbeitsbedingungen einsetzt.

- Zentral für den Umstieg vom Auto auf die "Öffis" ist neben dem Komfort natürlich die Leistbarkeit. Der weitere Abbau von klimaschädlichen Subventionen im Verkehr und die faire Bepreisung des CO₂-Ausstoßes sind dafür wichtige Elemente. Zugleich haben wir mit dem europaweit konkurrenzlos günstigen Klimaticket, das zehntausenden Pendler:innen oft über 1.000 Euro im Jahr erspart, auch bei den Öffi-Kosten einen Meilenstein gesetzt. Mit dem seit kurzem angebotenen Gratis-Klimaticket für 18-jährige setzen wir dann, wenn bei vielen die Entscheidung für oder gegen den PKW fällt, einen starken Anreiz für die Öffis als bessere und auch generell günstigere Alternative.

- Mit dem Erneuerbare-Wärme-Paket haben wir dreckige Kohle-, Öl- und Gasheizungen endgültig aus allen neuen Gebäuden gesetzlich verbannt. Gleichzeitig machen wir auch in bestehenden Gebäuden mit massiv erhöhten Förderungen den Umstieg auf klimafreundliche Heizungssysteme und thermische Sanierungen für alle Menschen attraktiv und leistbar. Wer aufgrund des niedrigen Haushaltseinkommen mehr Unterstützung braucht, bekommt mit der Aktion „Sauber Heizen für Alle“ bis zu 100 % der Kosten für den Heizungstausch gefördert. Eine so umfassende Transformation braucht über kurz oder lang aber trotzdem auch öffentlich-rechtliche Vorgaben, damit ein gänzlicher Ausstieg und damit die Klimaneutralität auch gesetzlich gesichert sind. Dafür setzen wir uns weiter ein.

- Verkehrsfrage siehe oben

- Die spürbare Drosselung des Ressourcenverbrauchs in Österreich ist eine zentrale Herausforderung unserer Wohlstandsgesellschaft. Das Konzept der Kreislaufwirtschaft ist – neben der Änderung des Konsumverhaltens – ein zentraler Lösungsweg. Mit der Kreislaufwirtschaftsstrategie haben wir ein klares Commitment in welche Richtung es gehen soll. Einige Beispiele sind: Die Mindestlebensdauer für Elektro- und Elektronikgeräte festlegen, die Reparierbarkeit und Ersatzteil-verfügbarkeit verbessern, Software-Updates von Geräten länger verfügbar machen und Gewährleistungsfristen verlängern. Wir haben dabei eine eigene Förderschiene zur Unterstützung von Maßnahmen hin zu mehr Kreislaufwirtschaft geschaffen. So erfüllen wir die neue Kreislaufwirtschaftsstrategie mit Leben und stellen die Finanzierung der notwendigen Umstellungsprozesse sicher. Kreislaufwirtschaft braucht das Gespräch zwischen denen, die etwas anzubieten haben und denen, die etwas brauchen. Das gilt für die Wirtschaft ebenso wie für Konsument:innen. Tauschbörsen und Reparaturcafés helfen Ressourcen zu sparen. Aber auch auf der Ebene der Betriebe entwickeln sich Verkaufsbörsen - denn was für eine Industriebranche Abfall ist, kann für eine andere Branche ein wertvoller Rohstoff sein.

3. Die Katholische Aktion tritt für ein Schulsystem ein, das die durch die Herkunft der Kinder bedingten Unterschiede ausgleicht und für gleiche Chancen für alle sorgt. Das ist derzeit nicht der Fall. Nachweislich wird in Österreich Bildung stärker „vererbt“ als in vielen anderen Staaten der EU, das heißt, die wirtschaftliche Lage und der Bildungsgrad der Eltern bestimmen weitgehend die Bildungs- und Berufschancen der Kinder. Es sollten sich aber alle Kinder zu verantwortungsvollen und leistungsfähigen Erwachsenen entwickeln können, die sich schließlich zu einer den Menschenrechten verpflichteten Demokratie bekennen.

Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- Schaffen eines ausreichenden Angebotes an Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder jeden Alters
- Einführung der gemeinsamen Schule für 6- bis 14-Jährige
- ein dem Bedarf entsprechendes Angebot an Ganztagschulen (mit kostenlosem und gesundem Mittagessen)
- sehr gute Ausbildung der Vorschulpädagog:innen und Lehrer:innen aller Schulstufen
- Einstellung von Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen und ausreichend viel administrativem Personal zur Entlastung der Lehrpersonen in den Schulen
- Anleitung aller Kinder und Jugendlichen zum kritischen und verantwortungsvollen Umgang mit Medien

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Ganztagschule und Betreuungseinrichtungen: Wir Grünen setzen uns schon lange für den Ausbau von elementaren Bildungseinrichtungen und ganztägigen Schulformen ein. Deshalb fordern wir u.a. einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Geburtstag und einen flächendeckenden Ausbau von ganztägigen Schulen. Investitionen in diesem Bereich zahlen sich zig-fach aus. Ein guter Kindergarten wirkt sich positiv auf den gesamten weiteren Bildungsweg von Kindern aus und ermöglicht die Berufstätigkeit von Eltern und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In ganztägigen Schulen mit einem kostenlosen, gesundem Mittagessen lassen sich Lernen, Üben, Freizeit, Sport und Musik miteinander verbinden. Bildung kann so ganzheitlich gelebt und Nachteile durch das Elternhaus können ausgeglichen werden.

Gemeinsamen Schule: Die Welt verändert sich. Auch die Schule muss darauf reagieren. Schulentscheidungen mit neun Jahren zu treffen ist nicht mehr zeitgemäß, das sagt auch die Bildungswissenschaft. Kinder brauchen mehr Zeit, um ihre eigenen Stärken und Interessen zu entfalten. Deshalb fordern wir eine längere gemeinsame Schulzeit und eine spätere Trennung der Kinder in verschiedene Schultypen. Innerhalb der Schule soll eine verstärkte Differenzierung und Individualisierung möglich sein. Erst später sollen sie sich für Gymnasium, eine berufsbildende Schule oder einen Lehrberuf entscheiden müssen.

Pädagoginnen und Unterstützungspersonal: Pädagog:innen brauchen eine fundierte Ausbildung und auch gute Arbeitsbedingungen. Deshalb fordern wir auch einen Schutz von studierenden Pädagog:innen und Junglehrkräften. Bildung sehen wir als Teamarbeit. Es erfordert neben der Expertise von Pädagog:innen auch die Unterstützung von Administrativen Kräften, Freizeitpädagoginnen, Schulsozialarbeiter:innen, Psychologien etc. Deshalb wollen wir mehr

multiprofessionelle Teams an die Schulen holen und eine Reform der Schulorganisation. Vor- und Nachmittag muss zusammengedacht und die Verzahnung von den unterschiedlichen Kräften optimiert werden.

Kritisches Denken: Bildung muss mit der Zeit gehen. Sie ist ein lebensbegleitender Prozess und ermöglicht neue Perspektiven. Deshalb haben wir in dieser Regierungsperiode die gesamten Lehrpläne der Volksschule und Unterstufe erneuert. Zeitgemäße Inhalte wie Klimagerechtigkeit, ökologisches und sozial verantwortliches Handeln, politische Bildung, globales Lernen, Medienkompetenz, gesellschaftliche Teilhabe etc. wurden verankert. Fächerübergreifende Themen sind nun in allen Fachcurricula zu behandeln. Dazu haben wir das Pflichtfach Digitale Grundbildung eingeführt. Eines der drei Säulen davon ist Medienbildung. Das neue Pflichtfach Ethik in der Oberstufe (alternativ zu Religion) soll ebenfalls Raum für kritisches Denken und Reflektieren erweitern.

4. Wohnen ist wie Nahrung, Kleidung und Gesundheit ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Katholische Aktion tritt dafür ein, dass Wohnen nicht zum Spekulationsobjekt werden darf und die Kosten für das Wohnen teilweise reguliert werden. Ein „freier Markt“, der dafür sorgt, dass Wohnen für viele Menschen kaum oder gar nicht mehr leistbar ist, ist nicht „frei“.

Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- werden Gründe zu Baugründen umgewidmet, muss ein Teil davon zu festgesetzten niedrigen Preisen verkauft und dem sozialen Wohnbau gewidmet werden
- gesetzliche Festlegung der Zinsen für Wohnbaukredite, entsprechend dem geringen Risiko der Banken für diese
- Beschränkung der Gewinne aller am sozialen Wohnbau beteiligten Firmen und Banken auf ein sozial verträgliches Maß
- Überprüfung der Bauvorschriften auf Sinnhaftigkeit (zum Beispiel Verpflichtung zu Stellplätzen etc.) und gegebenenfalls Reduktion derselben
- Reduktion von Bodenversiegelung durch verdichtetes Bauen und Priorität auf Sanierungen

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

- werden Gründe zu Baugründen umgewidmet, muss ein Teil davon zu festgesetzten niedrigen Preisen verkauft und dem sozialen Wohnbau gewidmet werden

Ja, auf jeden Fall. Wir haben uns in der Wiener Stadtregierung bei Umwidmungen mit dem Modell 2/3 für leistbares Wohnen und 1/3 für freifinanziertes Wohnen durchgesetzt. Mit der kürzlich beschlossenen Absicherung der Vertragsraumordnung bekommen die Gemeinden eine weitere starke Kompetenz, günstiges Bauland für den gemeinnützigen Wohnraum zu sichern.

- gesetzliche Festlegung der Zinsen für Wohnbaukredite, entsprechend dem geringen Risiko der Banken für diese

Wir setzen uns für die Weitergabe der Sparzinsen ein, die die Bank selber als Einlagezins von der Zentralbank erhält. Sollte es zu Fehlberatungen in der Vergangenheit gekommen sein, indem beispielsweise Bankkund:innen variable Kredite aufgeschwätzt wurden, setzen wir uns für gesetzliche Regelungen für Konvertierungen in einen Fixzinsvertrag ein.

- Beschränkung der Gewinne aller am sozialen Wohnbau beteiligten Firmen und Banken auf ein sozial verträgliches Maß

Der gemeinnützige Wohnbau ist gesetzlich auf das Kostendeckungsprinzip beschränkt, das heißt, Mieten dürfen nur in der Höhe der angefallenen Kosten verrechnet werden. Übermäßige Gewinne gibt es aufgrund des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes also nicht.

- Überprüfung der Bauvorschriften auf Sinnhaftigkeit (zum Beispiel Verpflichtung zu Stellplätzen etc.) und gegebenenfalls Reduktion derselben

Baugesetze sind Kompetenz der Bundesländer. Es gibt tatsächlich Regelungen, die eindeutig zu hohe Kosten im Bau verursachen. Die Stellplatzverpflichtungen gehören hier dazu. Sie sind nicht nur teuer, sondern auch noch eine klimaschädliche Subvention. Ein Stellplatz kostet gleich viel wie ein Kinderzimmer.

- Reduktion von Bodenversiegelung durch verdichtetes Bauen und Priorität auf Sanierungen

Verdichtete Bauweise schont sowohl den Boden als auch das Geldbörsel. Deshalb haben wir uns auch beim Wohnbaupaket der Bundesregierung dafür eingesetzt, dass die Gelder in den mehrgeschossigen, verdichteten Wohnbau und in Sanierungen fließen.

5. Die Katholische Aktion tritt für hohe Qualität im Gesundheitswesen ein, die sozial gerecht verteilt werden muss. Der Zugang zu Gesundheitsleistungen muss für alle möglich sein. Die derzeit de facto bestehende „Zwei-Klassen-Medizin“ muss zurückgebaut werden.

Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- Sicherstellung einer öffentlich finanzierten wohnortnahen Grundversorgung (insbesondere durch Hausärztinnen und Hausärzte, Hauskrankenpflege, Gesundheitszentren)
- Stärkung des Kassenarztwesens und der Kassengruppenpraxen

- Verpflichtung von Wahlärzten zu Kassenleistungen in Not- und Mangelsituationen
- Einrichtung von Gesundheitszentren zur Entlastung von überlaufenen Spitalsambulanzen
- Angebot einer kostenlosen Beratung und Behandlung für Menschen in psychosozialer Not

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Vorneweg: wir sprechen nicht mehr von Zwei-Klassen-Medizin, sondern von Mehr-Klassen-Medizin. Nicht nur das Einkommen entscheidet darüber, welche Form der medizinischen Versorgung Menschen in unserem Land bekommen, sondern auch, ob jemand am Land oder in der Stadt lebt. Sicherstellung einer öffentlich finanzierten wohnortnahen Grundversorgung (insbesondere durch Hausärztinnen und Hausärzte, Hauskrankenpflege, Gesundheitszentren):

Wir sprechen uns nicht nur für die Stärkung des niedergelassenen Bereichs aus, sondern haben auch mit der Gesundheitsreform entsprechende Schritte dafür gesetzt. Mit der Gesundheitsreform wurden u.a. 100 neue Kassenarztstellen geschaffen. Der Ausbau von Primärversorgungseinheiten (PVE) und Community Nurses sind weitere konkret spürbare Maßnahmen, die wir gesetzt haben. In der Zukunft wollen wir auch Gesundheitskioske umsetzen, die möglichst flächendeckend niederschwellige und rasch verfügbare Versorgung gewährleisten.

Stärkung des Kassenarztwesens und der Kassengruppenpraxen

Die Gesundheitsreform zielt genau darauf ab – die Stärkung des niedergelassenen Bereiches. In PVEs sollen multiprofessionelle und interdisziplinäre Teams zusammenarbeiten. Natürlich kann nicht von jetzt auf gleich alles aufgeholt werden, was viele Jahrzehnte vernachlässigt wurde.

- Verpflichtung von Wahlärzten zu Kassenleistungen in Not- und Mangelsituationen
Wahlärzt:innen zu Kassenleistungen zu zwingen sehen wir nicht als richtigen Weg an, vor allem gibt es beträchtliche juristische Bedenken. Stattdessen setzen wir auf die Attraktivierung des niedergelassenen Bereichs. Viele junge Ärzt:innen arbeiten beispielsweise lieber in multiprofessionellen und interdisziplinären Teams zusammen. Durch den Ansatz digital vor ambulant vor stationär können Patient:innenströme schon beim Erstkontakt richtig gelenkt werden, ohne sozial selektiv zu sein. Auch Community Nurses und Gesundheitskioske sind Maßnahmen, die den niedergelassenen Bereich fördern und Wartezeiten in Arztpraxen verkürzen.

- Einrichtung von Gesundheitszentren zur Entlastung von überlaufenen Spitalsambulanzen
Wir sprechen uns ganz klar für die Errichtung von Primärversorgungseinrichtungen aus. Sie sind ein maßgeblicher Schritt in der Patient:innenlenkung. Dort wird mit multiprofessionellen und interdisziplinären Teams gearbeitet und so eine ganzheitliche Versorgung angeboten.

- Angebot einer kostenlosen Beratung und Behandlung für Menschen in psychosozialer Not
Uns Grünen ist bewusst, wie ernst zu nehmen die psychische Gesundheit ist. Aus diesem Grund haben wir auch erwirkt, dass Menschen Psychotherapie mittels Überweisung als Kassenleistung in Anspruch nehmen können.

6. Care-Tätigkeiten wie Fürsorge, Erziehung, Pflege und Unterstützung haben einen unverzichtbaren Stellenwert in der Gesellschaft, bezahlt und unbezahlt, in Einrichtungen und in privaten Lebenszusammenhängen, bezogen auf Gesundheit, Erziehung, Betreuung u.v.m. Care, also die Sorge für andere, für das Gemeinwohl und für sich selbst ist keine Privatangelegenheit (die hauptsächlich unbezahlt von Frauen geleistet wird), sondern eine gesellschaftliche Aufgabe und bedarf der gesellschaftspolitischen Förderung.

Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- Angemessene Finanzierung und Entlohnung professioneller Care-Arbeit
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Care-Berufen
- Ermöglichung von mehr Zeit für Care im Alltag und im Lebenslauf
- Förderung sorgender Nachbarschaften und Gemeinschaften (Caring Communities)

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Angemessene Finanzierung und Entlohnung professioneller Care-Arbeit:

Wir Grünen setzen uns für eine faire Entlohnung in der Care-Arbeit ein. Aus diesem Grund haben wir beispielweise den Ausbildungsbonus, den Pflegebonus und den Angehörigenbonus eingeführt. Der Pflegefond wurde auf 1,1 Milliarden Euro aufgestockt, um auch den Ländern nochmals mehr die Möglichkeiten zu geben, die Pflege gebührend zu finanzieren und die Pflegekräfte entsprechend zu entlohnen.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Care-Berufen:

Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen in Care-Berufen ein. Aus diesem Grund gibt es eine zusätzliche Entlastungswoche für alle ab dem 43. Lebensjahr. Wir haben den Pflegefonds mit 1,1 Milliarden Euro aufgestockt, um die nötige finanzielle Entlastung zu gewährleisten. Außerdem haben wir dringend notwendige Kompetenzerweiterungen in den Pflegeberufendurchgesetzt.

Für die neue Gesetzgebungsperiode fordern wir außerdem Dienstplansicherheit für Pflegekräfte, eine Arbeitszeitreduktion bei gleichbleibenden Löhnen und bessere Zusammenarbeit in interdisziplinären Teams zur Entlastung der einzelnen Berufsgruppen.

Ermöglichung von mehr Zeit für Care im Alltag und im Lebenslauf

Die partnerschaftliche Elternteilzeit verteilt die Care-Arbeit gleichmäßig. Durch die Professionalisierung der Pflege bleibt mehr qualitative Zeit über, die mit den Pflegebedürftigen verbracht werden kann.

Förderung sorgender Nachbarschaften und Gemeinschaften:

Wir Grüne befürworten eine generationenübergreifende Nachbarschaft. Auch Alters-WGs können ein Zugang sein, um sich gegenseitig zu unterstützen und Einsamkeit vorzubeugen. Was den Care-Bereich betrifft können hier Community Nurses oder Gesundheitskioske niederschwellig Präventionsarbeit leisten und frühzeitig eingreifen, wenn es nötig ist.

7. Die Katholische Aktion tritt für die Beachtung der Menschenrechte und für einen respektvollen Umgang mit Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migrant*innen ein. Die damit verbundenen Belastungen müssen gerecht verteilt werden, sodass für Österreicher*innen mit geringem Einkommen kein Nachteil entsteht.

Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- faire und beschleunigte Asylverfahren für Flüchtlinge
- einen Gemeindeschlüssel zur Verteilung von Flüchtlingen im Bundesgebiet
- eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU
- Verbot der Abschiebung von Kindern und Jugendlichen
- Verbot der Abschiebung von Personen in Mangelberufen
- kostenloses Angebot von Deutsch-Kursen für alle Zuwanderer, das verpflichtend angenommen werden muss
- rasche Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt
- Bekenntnis zur österreichischen Verfassung als Bedingung für dauerhaften Aufenthalt

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

- faire und beschleunigte Asylverfahren für Flüchtlinge

Wir Grüne treten für faire und möglichst schnelle Asylverfahren ein. Verfahren in einem rechtsstaatlichen Rahmen müssen aber stets die Möglichkeit der Berufung vorsehen. Wir sehen die im neuen EU Asyl- und Migrationspaket vorgesehenen Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen sehr kritisch.

- einen Gemeindeschlüssel zur Verteilung von Flüchtlingen im Bundesgebiet

Es besteht bereits ein Schlüssel zur Verteilung von Schutzberechtigten auf die Bundesländer. Diese Quote wird jedoch nicht von allen Bundesländern gleichermaßen erfüllt. Wien erfüllt als einziges Bundesland die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Aufnahmequote von Schutzsuchenden – und zwar sogar zu 200%. Langfristig braucht es flächendeckend mehr Integrations-, Bildungs- und Arbeitsangebote für Asylsuchende in allen Bundesländern.

- eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU

Wir Grüne treten für ein humanitäres und ordnendes Asyl- und Migrationssystem ein, das die Menschenrechte und internationales Recht respektiert und auf Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten beruht.

- Verbot der Abschiebung von Kindern und Jugendlichen

Bei gerichtlichen Entscheidungen über Abschiebungen muss das verfassungsgesetzlich verankerte Kindeswohl ausreichend beachtet werden. Um die Rechtsstellung geflüchteter Kinder zu stärken, setzen wir Grüne uns dafür ein, dass dieser in der Verfassung verankerte Vorrang des Kindeswohls in asyl- und fremdenrechtlichen Entscheidungen auch im einfachen Gesetzestext abgebildet ist, dass die Obsorge von unbegleiteten geflüchteten Kindern ab dem ersten Tag übernommen wird und, dass ein Kinderrechte-Monitoring zur Umsetzung der Kinderrechte in Österreich errichtet wird.

- Verbot der Abschiebung von Personen in Mangelberufen

Es braucht pragmatische Lösungen und Bleibeperspektiven, damit in Österreich arbeitende Fachkräfte, nach denen unsere Wirtschaft händierend sucht, in Zukunft nicht mehr abgeschoben werden. Hierfür bräuchte es die rechtliche Möglichkeit des Umstiegs des Aufenthaltsrechts nach dem Asylgesetz in jenes der Rot-Weiß-Rot – Karte.

- kostenloses Angebot von Deutsch-Kursen für alle Zuwanderer, das verpflichtend angenommen werden muss

Den größten Nachteil aufgrund geringer Deutschkenntnisse erleiden die Migrant:innen selbst, da ihnen der soziale Aufstieg so oft verwehrt bleibt. Nachhaltige Integrationspolitik ist für uns das Schaffen von Rahmenbedingungen für Chancen, Perspektiven und die gleichberechtigte Teilhabe aller in unserer Gesellschaft. Deswegen liegt unser Schwerpunkt auf dem Ansatz „Integration ab Tag 1“, dem Zugang zu Deutschkursen und Weiterbildungsmöglichkeiten ab dem ersten Tag und somit auch für Asylwerber:innen, Erleichterungen bei der Berufs- und Ausbildungsanerkennung und eine Arbeitsmarktpolitik, die das Potenzial aller in Österreich lebenden Menschen ausschöpft und die Fähigkeit zum Selbsterhalt fördert. Im Rahmen der Integrationsvereinbarung ist der Besuch eines ca. viermonatigen Deutschkurses außerdem bereits jetzt verpflichtend.

- rasche Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt

Wie oben bereits beschrieben, wollen wir Schutzsuchenden im Sinne von „Integration ab Tag 1“ so bald wie möglich den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen und sie zur Selbsterhaltungsfähigkeit ermächtigen. Das liegt aus Grüner Sicht im beiderseitigen Interesse.

- Bekenntnis zur österreichischen Verfassung als Bedingung für dauerhaften Aufenthalt

Wir leben in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft. Alle Menschen, die hier leben, müssen die Grundwerte einer offenen und demokratischen Gesellschaft, wie sie in unserer Verfassung verankert sind, respektieren. Leider wird mit diesem Thema oft Symbolpolitik betrieben, wenn nämlich in der öffentlichen Debatte das Bekenntnis zur Verfassung im gleichen Atemzug mit der Forderung nach der Anpassung an eine „österreichische Leitkultur“ erwähnt wird. Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Staatsbürgerschaft: Der erleichterte Zugang zur Staatsbürgerschaft ist ein Integrationsmotor. Er ist verbunden mit einem Bündel an Rechten und Pflichten und stärkt so das Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Eine Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes ist zeitgemäß und notwendig. Es besteht Aufholbedarf, denn uns entgeht hier gesamtgesellschaftlich gesehen ein enormes Potential, das wir sonst kaum mehr aufholen können. Die Einkommensgrenzen sind noch zu hoch angesetzt und auch das Erfordernis, die bisherige Staatsbürgerschaft abzulegen, ist in unserer globalisierten Welt nicht mehr auf der Höhe der Zeit und entspricht auch nicht den von Österreich eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Verhinderung und Verminderung von Staatenlosigkeit. In einem modernen Staatsbürgerschaftsrecht muss außerdem das Abstammungsprinzip um das Bodenprinzip erweitert werden: Wer hier geboren wurde und einen rechtmäßig hier niedergelassenen Elternteil hat, sollte die Staatsbürgerschaft automatisch erhalten.

Asyl und Lehre: Der Weg zur Fachkraft fängt oft in der Lehre an. Asylwerber:innen dürfen in Österreich zwar eine Lehre beginnen, finden aber oft keine Stelle, da die rechtliche Situation für Arbeitgeber:innen zu unsicher ist: sie können trotz laufender Lehre abgeschoben werden. Wir Grüne fordern nach dem Beispiel Deutschlands, dass asylwerbende Lehrlinge während ihrer Lehrzeit und auch in den zwei Jahren danach nicht abgeschoben werden dürfen. Das gibt den

Ausbildungsbetrieben sowie den Lehrlingen Rechts- und Planungssicherheit. Spätestens nach diesem Zeitraum soll der Spurwechsel in die Rot-Weiß-Rot – Karte im Inland ermöglicht werden
Resettlement-Programm: Legale Fluchtwege sind die beste Lösung, um jenen Menschen auf sicherem und geordnetem Weg Schutz zu gewähren, die ihn am dringendsten brauchen, und gleichzeitig Menschenhandel und Schlepperei effektiv zu bekämpfen. Wir fordern daher die Wiederaufnahme eines Resettlement-Programms, über das Schutzsuchende in Kooperation mit der UN-Flüchtlingsagentur UNHCR auf sicherem Weg direkt aus Krisenregionen und Flüchtlingslagern aufgenommen werden können, sowie den Abbau der Hürden beim Familiennachzug, dem letzten verbleibenden legalen Fluchtweg.

Gesetzliche Obsorgeregelung ab Tag 1 für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Damit Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Eltern fliehen mussten, endlich rasch Obsorgeberechtigte an ihrer Seite haben. Ein von uns fertig ausgearbeiteter Gesetzesentwurf könnte sofort umgesetzt werden, sobald die Kinder- und Jugendhilfe der Länder die für eine Obsorgereform nötigen Ressourcen erhält.

Frontex: Wir wollen, dass Frontex – auch aufgrund der von Frontex begangenen Menschenrechtsverletzungen – transparenter wird. Wir wollen stärkere Kontrollbefugnisse der Frontex-Menschenrechtsbeauftragten, und einen unabhängigen Monitoringmechanismus an den EU-Außengrenzen. Bis dato können Menschenrechtsverletzungen der Nationalstaaten an der Grenze nicht von der Grundrechtebeauftragten von Frontex berücksichtigt werden. Das soll sich ändern. Mit Kontrollmechanismen gestärkt, soll Frontex als gemeinsame Grenzagentur in Zukunft auch weitere Kompetenzen erhalten, um ein Menschenrechtsgeleitetes Asyl- und Migrationssystem zu unterstützen.

8. Die Katholische Aktion tritt für Methoden gewaltfreier Verteidigung ein. Das Einüben dieser Methoden stärkt die demokratische Gesinnung und das Selbstbewusstsein der Bevölkerung. In diesem Sinne ist auch die Sorge für sozialen Ausgleich, Solidarität und das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten ein unverzichtbarer Teil der geistigen Landesverteidigung. Ein wichtiger Teil der Friedenspolitik ist die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern des globalen Südens. Der Staat Österreich zählt zu den europäischen Schlusslichtern bei Leistungen für die Entwicklungszusammenarbeit. Statt dem vorgegebenen Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für staatliche Entwicklungszusammenarbeit stellt Österreich nur 0,31 Prozent zur Verfügung.

Nehmen Sie bitte zu den folgenden Vorschlägen Stellung.

- Sicherstellen einer wirtschaftlichen Grundversorgung auf nationaler und europäischer Ebene
- Vermeidung von wirtschaftlicher Abhängigkeit von autoritären, nicht demokratischen und gewaltbereiten Staaten
- laufende Veröffentlichung von Gewinnen der Rüstungsindustrie (wie es auch Papst Franziskus gefordert hat)
- deutliche Positionierung Österreichs gegen zu Gewalt und Krieg führenden Unrechtsverhältnissen jeder Art in der Welt
- sofortiger Abbruch aller Wirtschaftsbeziehungen zu jedem Land, das Angriffskriege führt
- Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf mindestens 0,7 Prozent des

Bruttonationaleinkommens (wie schon seit Jahrzehnten beabsichtigt)

- faire Handelsbeziehungen, insbesondere Verschärfung des Lieferkettengesetzes auf europäischer Ebene

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

- Sicherstellen einer wirtschaftlichen Grundversorgung auf nationaler und europäischer Ebene
Dafür treten wir ein; zudem soll es eine schnelle bedarfsorientierte Grundsicherung geben, die auch Beratung und Zugang zu Gesundheitsleistungen und Ausbildung beinhalten soll.

- Vermeidung von wirtschaftlicher Abhängigkeit von autoritären, nicht demokratischen und gewaltbereiten Staaten
Das unterstützen wir und das ist eine unserer Kernforderungen. Der wirtschaftliche Profit darf nicht über Menschenleben gestellt werden.

- laufende Veröffentlichung von Gewinnen der Rüstungsindustrie (wie es auch Papst Franziskus gefordert hat)
Das unterstützen wir, nicht zuletzt aus Transparenzgründen.

- deutliche Positionierung Österreichs gegen zu Gewalt und Krieg führenden Unrechtsverhältnissen jeder Art in der Welt
Das unterstützen wir und wir positionieren uns auch öffentlich dazu.

- sofortiger Abbruch aller Wirtschaftsbeziehungen zu jedem Land, das Angriffskriege führt
Ein sofortiger Abbruch ist in der Praxis meist nicht durchführbar. (Wirtschafts-)Sanktionen und ein schrittweiser Abbruch hingegen sehr wohl.

- Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (wie schon seit Jahrzehnten beabsichtigt)
Dafür setzen wir uns ein. Wir konnten zumindest in der jetzigen Regierungsperiode die Humanitäre Hilfe und EZA Gelder, vor allem in grünen Ministerien, stark erhöhen.

- faire Handelsbeziehungen, insbesondere Verschärfung des Lieferkettengesetzes auf europäischer Ebene
Dafür setzen wir uns vehement ein. Nur eine faire Handelspolitik, vor allem gegenüber den Ländern des Globalen Südens kann zu globaler Gerechtigkeit und somit auch zu einer fairen Verteilung des Wohlstands führen. Die Einigung auf das europäische Lieferkettengesetz ist ein Meilenstein für die Einhaltung von Menschenrechten und Sozial- und Umweltstandards entlang der Lieferketten. Nun geht es um eine ambitionierte Umsetzung, die wir stark vorantreiben wollen.

Welche anderen/weiteren Maßnahmen würden Sie treffen?

Die Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 sind der Rahmen für unser zukunftsorientiertes Handeln: Daher müssen alle politischen Maßnahmen Österreichs und der EU zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele beitragen und diese nicht behindern. Anstatt zum Beispiel Entwicklungsgelder für Grenzzäune missbräuchlich auszugeben, müssen wir den Ländern des Globalen Südens helfen, Steuersümpfe trockenzulegen und weltweite Regeln für Steuervermeidung

einfordern, damit die Eigeneinnahmen dieser Länder steigen. Wir fordern in allen Politikfeldern einen menschenrechtsbasierten Zugang und stehen für ein Mainstreaming von Menschenrechten.
